

Einladung zu einem gewerkschaftspolitischen Ratschlag im Herbst 2012

Am 22./23. September 2012 werden sich in Frankfurt/Main auf Einladung der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, der AG Betrieb und Gewerkschaft der Partei Die Linke, der AG Betrieb und Gewerkschaft der DKP, des *express* und weiterer Initiativen und Netzwerke kritische GewerkschafterInnen zu einem gewerkschaftspolitischen Ratschlag treffen. Dazu sind interessierte KollegInnen herzlich eingeladen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

zurzeit erleben die Kolleginnen und Kollegen in Griechenland auf ganz grausame Weise, wie sich die Troika aus EU, EZB und IWF die „Lösung“ der Euro-Krise vorstellen: Mit einem rabiaten Kürzungsprogramm, Massenentlassungen und Verschleuderung von Staatseigentum sollen die Lohnabhängigen und Bedürftigen die Zeche bezahlen und ein bankrott System retten. Und wie der Fall Italien nur allzu deutlich macht, geht es der Troika nicht nur um ein Diktat gegenüber Athen. Auch die italienischen KollegInnen sollen künftig – nach deutschem Vorbild– bis 67 arbeiten, sie sollen schneller auf die Straße gesetzt werden können usw.

Diesem Exerzierfeld schauen die Führungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften tatenlos zu. Schlimmer noch: Statt dieses Diktat anzuprangern und die Bankenrettungspolitik anzugreifen, appellierten sie an den deutschen Bundestag, dem Rettungsschirm zuzustimmen, der ein bis dato einzigartiges Lohnsenkungs- und Verelendungsprogramm für unsere Kolleginnen und Kollegen in Griechenland darstellt.

Dabei müsste eigentlich allen klar sein, dass gerade die Reallohnverluste in Deutschland und die damit geförderte Senkung der Lohnstückkosten im Vergleich zum Ausland zur Zuspitzung der Probleme in den südeuropäischen Ländern beigetragen haben. Statt aber für einen kräftigen Anstieg der Tariflöhne und einen akzeptablen Mindestlohn zu kämpfen, um Reallohnverluste auszugleichen und den Marsch in die Armut von Millionen Lohnabhängiger bei uns zu stoppen, halten unsere Gewerkschaftsvorstände an ihrer Standortpolitik fest.

Damit sind wir in Deutschland bei der sich anbahnenden Rezession denkbar schlecht gewappnet, uns gegen die auch in diesem Land zu erwartenden Angriffe zur Wehr zu setzen, von der notwendigen internationalen Solidarität ganz zu schweigen. Denn wenn die Herrschenden mit diesen Angriffen in Griechenland, Italien und anderen Ländern erst mal Erfolg haben, dann wird es für uns noch viel schwieriger, etwa die Rente mit 69 abzuwehren, die ja laut Focus im Finanzministerium schon mal durchgerechnet wurde.

Dieser selbstzerstörerischen Politik unserer Gewerkschaftsführungen muss ein anderes Konzept gegenübergestellt werden. Es muss geeignet sein, größere Kreise in unsren Belegschaften anzusprechen, um sie für eine andere Politik zu gewinnen. Dies kann keine der heute so zersplitterten kritischen und linken Zusammenhänge in den Gewerkschaften von sich aus alleine bewerkstelligen. Wir meinen, dass es dazu einer intensiven Beratung unter uns allen bedarf, um gemeinsam herauszufinden, wie eine andere Politik möglichst wirksam vermittelt werden kann.

Strategische Richtschnur für viele Gewerkschaftsführungen ist nach wie vor die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland in teilweiser Wettbewerbsgemeinschaft mit den Unternehmen. Es wird Zurückhaltung bei der Frage geübt, wer die Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu tragen hat, und es wird Verzichtspolitik in Lohn- und Arbeitszeitfragen betrieben.

Eine Ursache dieser Entwicklung der Gewerkschaftspolitik dürfte sein, dass die Reichweite und Tiefe kritischer, linker Diskussionen und Einflussnahme auf den gewerkschaftlichen Willensbildungsprozess in den letzten Jahren - trotz des Einsatzes vieler - durch eine gewisse Zersplitterung der linken gewerkschaftlichen Kräfte offensichtlich stark abgenommen hat. Dies konstatieren wir sowohl für „unseren“ Bereich, das Netzwerk der Gewerkschaftslinken, aber wir denken, dass auch Ihr mit einer ähnlichen Entwicklung in Euren Arbeitszusammenhängen konfrontiert sein dürft.

Deshalb halten wir einen „gewerkschaftspolitischen Ratschlag“ für ein sinnvolles und hilfreiches Instrument, um die Diskussion über eine Neuaufstellung linker gewerkschaftlicher Kräfte voranzubringen. Für dieses Vorhaben haben sich schon eine Reihe von Zusammenhängen positiv geäußert und wir hoffen auf weitere Interessierte.

**Der Ratschlag findet statt am 22. und 23. September
in Frankfurt/Main im Bürgerhaus Gallus in der Frankenallee 111**

Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Weitere Infos ab April unter:

<http://www.labournet.de/GewLinke/index.html>

Infos und Anmeldungen bitte an: HKroha@t-online.de

Breites Bündnis für Anti-Krisenproteste

Auch in Deutschland werden jetzt die Proteste gegen die Politik der Troika (EU, EZB und IWF) bundesweit organisiert. Am 22. Januar trafen sich in Frankfurt 250 Aktive aus verschiedenen Netzwerken zu einem produktiven Austausch über die Planungen für 2012. Der Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken brachte dort den unten folgenden Beitrag ein. Am 24. bis 26. Februar soll eine Aktionskonferenz mit internationaler Beteiligung in Frankfurt für die Vertiefung der inhaltlichen Diskussionen sowie die Konkretisierung der praktischen Vorbereitungen dienen.

Die Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise wirft die Systemfrage auf

Von Woche zu Woche wird deutlicher, dass die herkömmlichen Mittel bürgerlicher Krisenbewältigung nichts taugen. Der Grund liegt in der **kapitalistischen Überproduktionskrise**. Sie war letztlich die Ursache für die Verlagerung von anlagehungrigem Kapital in den Finanzsektor, der für sich genommen schließlich keine Werte schaffen kann. Blasenbildung, Spekulation und Zusammenbrüche (z. B. im Immobiliensektor) waren die logische Folge der „Finanzmarktliberalisierung“. 2007 brach die internationale Wirtschaftskrise los und erreichte nach der Lehmannpleite im September 2008 einen ersten Höhepunkt.

Diese Überproduktionskrise ergibt sich aus der gewaltig gestiegenen Produktivität, die es gerade auch der deutschen Industrie ermöglicht hat, ausländische „Mitbewerber“ und sogar ganze Volkswirtschaften (nicht nur in Südeuropa) nieder zu konkurrieren. Die **schwache Lohnentwicklung** in Deutschland war dabei ein Baustein, der zu den großen Ungleichgewichten auf europäischer und internationaler Ebene beigetragen hat.

Insgesamt gilt es festzuhalten, dass den ständig steigenden industriellen Kapazitäten keine ausreichende kaufkräftige Nachfrage gegenübersteht. Schlimmer noch: Das Kapital strebt ständig danach, seine Profite auf Kosten der Löhne zu sanieren, was gerade in Deutschland zur dramatischen **Ausdehnung des Niedriglohnssektors** geführt hat und weiter führt. Leiharbeit, Werkverträge und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind Instrumente zur Entrechtung und Einschüchterung der Betroffenen, zur Entsolidarisierung und somit zur Schwächung der Widerstandspotentiale. Darüber hinaus bilden sie eine Drohkulisse für alle übrigen Beschäftigten.

Hinzu kommt, dass in der ersten Zuspitzung der großen internationalen Wirtschaftskrise (2008/2009) die Regierungen enorme Summen in die Rettung von Banken und Konzernen gesteckt haben. Zur Finanzierung der dadurch entstandenen Haushaltslöcher soll nun überall gerade bei denen gespart werden, die überhaupt die Werte schaffen, sprich bei den Lohnabhängigen. Lohnsenkungen, Entlassungen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit usw. stehen auf dem Programm praktisch aller EU-Staaten, ob mit oder ohne Euro. Das Geld aber da zu holen, wo es ist, nämlich beim Kapital und den Reichen, ist für bürgerliche Politik ein Tabu.

Diese Krise wirft – auch vor dem Hintergrund von Klimawandel, Ernährungskrise, Kriegen usw. – mehr als alle anderen Krisen seit dem zweiten Weltkrieg die **Systemfrage** auf. Wir befinden uns nicht mehr in einer „normalen“ Konjunkturkrise. Diese Krise wird nicht mit einem Regierungsbeschluss (egal ob national oder international) oder mit einem Konjunkturprogramm zu beheben sein. Wenn wir – und die gesamte Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung – nicht tatenlos zusehen wollen, wie die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, wenn wir nicht zulassen wollen, dass diese Krise in einem Amok-Kreislauf ständig eskaliert und die Profitsicherungsmethoden ständig, nach innen und außen, repressiver werden, bis hin zum Entstehen rechtspopulistischer und rechtsradikaler Regimes, dann muss dieser Entwicklung eine andere Logik entgegengesetzt werden. Die soziale und Gewerkschaftsbewegung und alle, die für gleichberechtigtes Leben, frei von Unterdrückung und Ausbeutung, eintreten, müssen gemeinsam dafür kämpfen, eine menschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchzusetzen.

Das fängt damit an, dass wir uns dafür stark machen, das Geld da zu holen, wo es ist: bei den Reichen. Den gewaltigen (und täglich steigenden Schulden) der Staaten stehen ebenso gewaltige Reichtümer und Forderungen der Anleihenkäufer (Millionäre, Milliardäre und ihre Geldinstitute) gegenüber. Ihre Forderungen sind illegitim. **Die Staatsschulden sind demzufolge zu streichen.**

Zweitens stellen wir fest, dass eine Bank zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört und sie nicht in privater Hand belassen werden darf. Wir treten deshalb für die **entschädigungslose Enteignung des Bankensektors** ein. Ähnliches gilt es, für den Energiesektor und andere Bereiche zu überlegen.

Drittens muss ein breiter und geschlossener Kampf für erträgliche Lebensbedingungen geführt werden. Dazu gehört ein akzeptabler **Mindestlohn von wenigstens 10 Euro lohnsteuerfrei** genauso wie das **Verbot von Leiharbeit und allen anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen**. Hier sind die Gewerkschaften gefordert, nicht mehr länger die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals im Blick zu haben, sondern die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung. Schon die laufenden Tarifrunden sollten für die Durchsetzung kräftiger Lohnerhöhungen genutzt werden.

Aus all diesen Gründen rufen wir dazu auf, **massenhaft an den Protesten in diesem Frühjahr teilzunehmen**. Dabei favorisieren wir ein Angebot unterschiedlicher Aktionsformen, die es den einen ermöglichen, in „traditioneller“ Weise zu demonstrieren, wie auch anderen Menschen, an Aktionen teilzunehmen, die aus der bisherigen „Routine“ ausbrechen und zu bewussten Regelverletzungen aufrufen. Ein gegenseitiges Distanzieren würde der Wirksamkeit des breiten Protestes schaden. Blockaden, etwa im Frankfurter Bankensektor, halten wir deswegen für ausgesprochen sinnvoll, wenn außerdem (z. B. am Tag danach) eine „traditionelle“ Demonstration angesetzt wird. Außerdem unterstützen wir den Vorschlag des Stuttgarter Krisenbündnisses, auch gegen die Bundesregierung und das Kapital (nicht nur die Banken) zu protestieren, weshalb eine 2. Demo in Berlin sinnvoll wäre. Auch halten wir den Vorschlag für gut, dass sich die Krisenbündnisse an den diversen 1.-Mai-Mobilisierungen durch eigenständige Aktionen beteiligen wegen des internationalen Charakters dieses Tages und seiner langjährigen Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, 19.1.2012